

# Warum Ernährung Demokratie braucht : zum neuen Buch "Zwischen Fairtrade und Profit"

Autor(en): **Dietschy, Beat**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **110 (2016)**

Heft 2

PDF erstellt am: **27.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-632271>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Warum Ernährung Demokratie braucht

Zum neuen Buch «Zwischen Fairtrade und Profit»

*Es gäbe genug zu essen für alle, doch hungern über 800 Millionen Menschen. Am grössten ist der Hunger da, wo Nahrung angebaut wird. Freier Handel macht BäuerInnen unfrei und abhängig.*

*Solchen Paradoxien geht Zwischen Fairtrade und Profit auf den Grund. Die Leitfrage ist, «wie wir weltweit zu einem demokratischen und gewaltfreien Lebensmittelsystem und entsprechenden Handelsregeln gelangen könnten».*

Dass Ernährung mit Demokratie verknüpft wird, ist ein auf den ersten Blick überraschender Ansatz. Aber er ist richtig. Denn allzu oft werden als Mittel gegen den Welthunger immer noch Nahrungsmittelhilfe oder die blosser Steigerung der Produktion propagiert. Von Ernährungsdemokratie zu sprechen, ist notwendig. Denn das globalisierte Ernährungs- und Agrarsystem und erst recht das damit verbundene Handelssystem sind von Machtballungen bestimmt. Sie setzen das Recht auf ausreichende und ausgewogene Ernährung für viele Menschen aufs Spiel. Sichtbar wird das daran, dass etwa zehn Konzerne den weltweiten Agrar- und Ernährungssektor dominieren. Sie bestimmen zunehmend, welche Sorten angebaut werden und welche Lebensmittel auf lokalen Märkten erhältlich sind. Vor allem aber ist ihr Einfluss auf die Ausgestaltung von Landwirtschafts- und Forschungspolitiken enorm.

Einige der vierzehn Autorinnen und Autoren des Sammelbands analysieren in ihren Beiträgen das Zustandekommen der eingangs erwähnten Widersprüche und Problematiken, andere skizzieren Lösungsansätze rund um das Konzept der Ernährungssouveränität. Durch die Vielfalt der Herangehensweisen und den breiten Fächer von Fachkompetenzen der Beteiligten, der von Agronomen und Ethikern bis zu Juristinnen und Journalistinnen reicht, entsteht ein Mosaik von Antworten, das sich wohltuend von der Monokultur des herrschenden Wissens abhebt.

## **Gewaltfreies Wirtschaften statt geraubte Ernte**

Die gemeinsame Sorge, welche die Verfasserinnen und Verfasser des Bandes umtreibt, bringt sein Untertitel zum Ausdruck: «Wer sät, der erntet – oder doch nicht?» Das erinnert an «Stolen Harvest» (Geraubte Ernte) von Vandana Shiva. Darin geisselt die indische Wissenschaftlerin und Ökofeministin den

Raubzug des Kapitalismus und stellt fest, was Ökonomen als «Wachstum» bezeichneten, sei in Wahrheit eine Art von Diebstahl. «Eine Wirtschaft, die dem Profit alles unterordnet», statuiert denn auch *Thomas Gröbly* in seinem Grundsatzartikel, «ist keine Wirtschaft, sondern Diebstahl». Bereits Calvin hatte im Blick auf den Frühkapitalismus seiner Zeit so argumentiert und in seiner Auslegung des siebten Gebots «stehlen» als «Profit machen zum Schaden anderer» umschrieben.

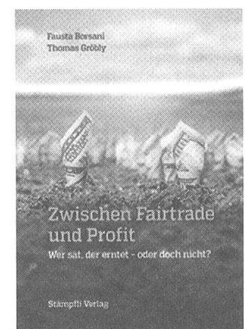
Heute werden im Gefolge globalisierter Märkte und neoliberaler Freihandelspolitiken Millionen von Menschen ihrer Lebensgrundlagen beraubt. Vielleicht am deutlichsten wird dies am «Landgrabbing»; das Phänomen hat im Gefolge der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2007 dramatische Ausmasse angenommen. Wie es dazu gekommen ist und welche Rolle bei diesem Landrausch spekulative Geschäfte gespielt haben, zeichnet *Markus Mugglin* nach. Ausländische Investoren und Staaten haben bei diesem meist «legalen» und von den Regierungen gebilligten Landraub-Geschäft mittlerweile über vierzig Millionen Hektaren wertvollen Agrarlands erworben.

Mit Abstand grösster Aufkäufer sind die USA, gefolgt von Malaysia und Singapur. Die Rangliste der meistbetroffenen Staaten führen zur Zeit Südsudan und Papua-Neuguinea vor Indonesien an (vgl. [www.landmatrix.org](http://www.landmatrix.org)). In solchen Ländern, bemerkt *Hilal Elver* dazu, glaube man, dass Entwicklung stattfinden werde, wenn alle Kleinbauern verschwunden sind und das Land ganz mit Palmölplantagen bepflanzt werden kann. Dieser Irrglaube wird, so die UNO-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Nahrung, von der G8 oder der «Allianz für eine grüne Revolution in Afrika» AGRA geschürt. *Peter Clausing* berichtet, welche Rolle dabei private Stiftungen wie die Rockefeller- und die Gates-Foundation spielen: Im Namen der Ernährungssicherung verstärken sie

mit ihrer Neuauflage der Grünen Revolution die exportorientierte industrialisierte Landwirtschaft, den Anbau von Agrarrohstoffen und indirekt den Zerfall der Nahrungsmittelpreise.

Landflucht und Umsiedlungen in grossem Massstab sind die Folge. Und Hunger – denn die Grosskonzerne «wollen ihre Produkte dort verkaufen, wo sie am meisten Geld verdienen und sind nicht daran interessiert, Lebensmittel für die lokale Gemeinschaft anzubauen» (*Hilal Elver*). Angetrieben wird dieser Trend, wie die TAZ-Redaktorin *Ulrike Herrmann* zeigt, von Freihandelspolitiken. Am Beispiel der neuesten Verhandlungen um den transatlantischen Freihandelsvertrag TTIP zwischen den USA und der EU legt sie dar, wie vermutlich auch hier Weichen zu Ungunsten der wirtschaftlich und technologisch schwächeren Länder gestellt werden, die nicht einmal mitreden können. Investoren werden noch einfacher gegen Staaten klagen können, welche ihre «legitimen Profiterwartungen» durch Sozial- oder Umweltgesetze eingeschränkt sehen, und die Armen werden entmachtet.

Von dieser Politik profitieren einmal mehr die transnationalen Unternehmen, darunter die drei Konzerne, die bereits heute 54 Prozent des weltweiten Saatguthandels kontrollieren: Monsanto, Syngenta und Dupont. In die Enge und Abhängigkeit getrieben wird hingegen die bäuerliche Landwirtschaft. Sie hat, wie *Thomas Kesselring* in seinem Beitrag erwähnt, im Laufe der Geschichte in kollektiver Leistung jenes Saatgut als gemeinsames Gut herangezüchtet, auf dem die patentierten Konzernsorten aufbauen. Privatisierung – Diebstahl am kulturellen Gemeingut der Menschheit – geht oft mit «Diebstahl an der Natur» (*Vandana Shiva*) einher. Das zeigt sich am alarmierenden Biodiversitätsverlust, der seit der Industrialisierung eingetreten ist. *Hans Rudolf Herren* macht in seinem Artikel darauf aufmerksam, dass immer weniger Pflanzenarten die



**Fausta Borsani / Thomas Gröbly (Hrsg.),  
Zwischen Fairtrade  
und Profit. Wer sät,  
der erntet – oder  
doch nicht? Stämpfli  
Verlag, Bern 2015,  
256 Seiten.**

Grundlage unserer Ernährung bilden: «Die enorme Sortenvielfalt, die die Bäuerinnen und Bauern unter unterschiedlichen Bedingungen hervorgebracht haben, schrumpft parallel zum Siegeszug weniger, weltweit verwendeter Hochertragsorten». Von ursprünglich etwa 10 000 Nahrungspflanzen werden heute noch gut 150 genutzt.

Wie eine Antwort finden auf diese Verarmungsprozesse? Dazu braucht es nicht nur einen agrarpolitischen Kurswechsel, sondern eine kulturell und spirituell andere Sichtweise. Solche Auswegsskizzen im Buch einzig *Rajagopal P.V.* und *Ajoy Chaudhuri* von der indischen Sozialbewegung *Ekti Parishad*, die sich für eine «gewaltfreie Wirtschaft» stark machen. Mit dem auf Mahatma Gandhi zurückgehenden Konzept treten sie nicht nur für die Ermächtigung der ländlichen Gemeinschaften ein, welche unter der Monopolisierung von Energie, Wasser, Land und Saatgut zu lei-

den haben. Sie verbinden damit auch eine ganzheitliche Vision einer anderen, nachhaltigen und gewaltlosen Gesellschaft in einer stabilen ökologischen Umgebung.

#### Ernährung demokratisieren

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass Demokratisierung von Ernährung anderes meint, als «Politiker an die Macht zu bringen» (*Rajagopal P.V.*). Es braucht mehr als die Wahlfreiheit, welche KonsumentInnen im Kaufakt zugunsten fairer produzierter Waren ausüben können. Fairer Handel reiche nicht aus, betont *Ursula Brunner*, eine der Pionierinnen auf diesem Gebiet, da der «faire» Preis die einseitige Abhängigkeit der ProduzentInnen im Süden vom Export noch nicht aus der Welt schaffe. Genau darauf zielt eine «nicht gewalttätige Produktion» ab: Sie will die Abhängigkeit von einem «Markt irgendwo anders» (*Rajagopal P.V.*) und von Saat-

gut-Monopolisten brechen. Im Sinne des Konzeptes der Ernährungssouveränität von *La Via Campesina* (vgl. Seite 16) stellt sie «die Menschen, die Lebensmittel erzeugen, verteilen und konsumieren, ins Zentrum der Nahrungsmittelsysteme» (*Thomas Gröbly*). Dabei setzt sie, wie *Leila Dregger* an Beispielen aus Kenia, Ghana, Togo und Ägypten zeigt, auf regionale demokratische Ernährungssysteme.

Eine Schlüsselrolle spielt dabei das Empowerment der Frauen. Ihre Handlungsspielräume zu erweitern ist zentral, betont *Tina Goethe*, Teamleiterin «Recht auf Nahrung» bei *Brot für alle*. Dafür aber sind diskriminierende, patriarchale Rollenzuschreibungen zu durchbrechen: Frauen «müssen mitbestimmen bei Landwirtschaft, Handel und Entwicklungspolitik». Demokratisieren bedeutet grundsätzlich, Alternativräume eines Wirtschaftens von unten weiter zu entwickeln, die nicht von Konzernen domi-

niert werden. Das gilt auch für die Medienlandschaft, die sich «in eine Monokultur verwandelt, die wenige Konzerne beherrschen», wie *Roman Berger* schreibt. Allerdings bedeutet das in der Konsequenz, deren Marktmacht zu begrenzen und dem Weltmarkt Schranken zu setzen.

Wie das zu erreichen wäre, lässt das Buch offen. Immerhin zeigt *Elisabeth Bürgi* vom *Centre for Development and Environment* in Bern interessante Möglichkeiten auf: Multilaterale Abkommen der WTO könnten anders interpretiert und gestaltet werden, wenn davon ausgegangen wird, dass nachhaltige Entwicklung völkerrechtlich neu als Rechtsprinzip definiert wird: «Würde Nachhaltigkeit ernstgenommen, müsste das heutige Agrarhandelsystem systematisch auf seine sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Folgen hin überprüft werden». Das wäre im Blick auf den agrarökologischen Umbau der Ernährungssysteme, aber auch zur Armutsbekämpfung von grosser Bedeutung. Wie aber ist dies zu erreichen, wenn die 25 grössten transnationalen Konzerne reicher als 170 Nationen sind (*Hilal Elver*)?

*Fausta Borsani* geht in ihrem Beitrag zwar auf die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen ein. Ob es aber realistisch ist, darauf zu bauen, dass Firmen «aus eigenem Antrieb» Regeln entwickeln und «sich unter demokratische Rechtsprechung und Kontrolle begeben»? Borsani weist auf die Grenzen von Produktlabels im Fairen Handel hin, differenziert allerdings nicht zwischen firmennahen Gütesiegeln und Fairtrade-Organisationen, die in der Regel mit einem sozial schwächeren Segment von BäuerInnen im Süden zusammenarbeiten und deshalb geringere Ertragssteigerungen erzielen. Gar nicht erwähnt sie weitergehende Modelle wie die *Fair Wear Foundation*, welche die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht entlang der ganzen Wertschöpfungskette etablieren und firmenunabhängig über-

Viel Unkraut nach einem nassen Sommer in Courgenay.



prüfen. Leider fehlt im Buch auch ein Hinweis auf die Konzernverantwortungsinitiative, welche eine solche Sorgfaltspflicht im Gesetz verankern will.

Dass Ernährungsfragen direkt die Menschenrechte tangieren, unterstreicht *Thomas Kesselring* in seiner Reflexion zu einer «Ethik der Agrarmärkte». Dass er eingangs das utilitaristische Prinzip «des grössten Wohls der grössten Zahl» als dafür geeignet anführt, irritiert ein wenig. Hat nicht gerade der angelsächsische Kapitalismus mit dem Heilsversprechen der (Eigen-)Nutzenmaximierung seinen grenzenlosen Konsumrausch entfalten können? In der Folge jedoch argumentiert Kesselring mit Gerechtigkeitstheorien wie derjenigen von John Rawls, die sich am Wohl der Ärmsten orientiert, und plädiert mit Hans Jonas für eine Nachhaltigkeit, die sich an der «Permanenz menschlichen Lebens» orientiert. Er kommt zum Schluss, dass ein gerechter Agrarhandel eine kooperativ verstandene Ernährungssouveränität braucht, welche diejenige anderer Staaten nicht schädigt.

### Die Weichen stellen

Der «nahrhafte» Sammelband legt das anspruchsvolle Thema gut verständlich dar. Ein Glossar erläutert zusätzlich zentrale Fachbegriffe. Schade sind die recht vielen Wiederholungen. Einzelne Aspekte hätten dafür eine Vertiefung verdient. So wäre es lohnend gewesen, stärker herauszuarbeiten, was es bedeutet, Ernährung als globales öffentliches Gut zu verstehen und welche Zukunftsperspektiven an «Commons» orientierte Praxen der bäuerlichen Landwirtschaft eröffnen.

Nur am Rande wird auch das Problem der Mangelernährung oder des versteckten Hungers berührt, von dem rund zwei Milliarden Menschen betroffen sind. Es sind Folgen einer verfehlten Politik, welche im Namen der Hungerbekämpfung jahrelang die Produktion von Grundnahrungsmitteln forciert und Monokul-

turen von Mais, Weizen Reis oder Soja gefördert, die Versorgung mit Mikronährstoffen aus traditionellen Kulturpflanzen wie Sorghum oder Hirse jedoch vernachlässigt hat. Die Ernährungsindustrie hat grossen Anteil an der Zunahme dieser Form von Fehlernährung, die sich unter Armutbedingungen oft mit Unter- und Überernährung verbindet.

Das Buch lässt einen mit einer Reihe grundsätzlicher Fragen zurück, die nach einer Entscheidung rufen. Sie stellen sich zum einen, weil das agroindustrielle System die verschiedenen Formen des Hungers nicht gelöst, sondern vielmehr verstärkt hat. Zum andern hat die industrielle Massenproduktion zu einer weltweiten Umweltkrise in der Landwirtschaft geführt, die sich unter anderem in der Stickstoffkontamination im Wasser, dem Biodiversitätsverlust, dem Ausstoss von Klimagasen und einer erosionsbedingten starken Verringerung der landwirtschaftlichen Nutzflächen äussert (vgl. *Ulrich Hoffmann*). Diese Art der Landwirtschaft ist also Teil einer Wirtschaft geworden, die «gut für die Gier von wenigen, aber nicht für das Wohlergehen aller» (Rajagopal P.V.) ist.

Darf ein System aufrecht erhalten werden, für welches es gewinnbringend ist, «brutal gegen Mensch und Natur zu sein» (Thomas Gröbly)? Wie lange wollen wir angesichts der Biosphärenkrise mit *business as usual* weiterfahren? Wie lange können wir es uns leisten, irgendwo zwischen FairTrade-Ansätzen und Profit weiterzuwursteln? Die Transformation der Landwirtschaft hat begonnen und verläuft «weg von der einseitigen Ausbeutung von Agrarrohstoffen hin zu einem System, das in Kreisläufen funktioniert, sich die Natur zunutze macht und die Grenzen der Ökosysteme respektiert» (*Angelika Hilbeck*). Wir können auf Dauer, bei Strafe des Untergangs, nicht zwei Herren dienen: dem agrarökologischen und dem agrarkapitalistischen Modell. ●

Beat Dietschy, 1950, ist  
Theologe und  
Philosoph und war bis  
2015 Zentralsekretär  
von Brot für alle.  
dietschy@gmx.ch